



Verantwortlich (i.S.d.P.)

Monika Fuhr
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Marc Wensierski
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4666

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Rede von Ministerpräsidentin Malu Dreyer

anlässlich des Empfangs

am Freitag, dem 25. Januar 2013

im Festsaal der Staatskanzlei

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Herren und Damen,
ich begrüße Sie hier im Festsaal der Staatskanzlei. Es ist schön, dass Sie so zahlreich gekommen sind. Sie wissen, dass wir den Neujahrsempfang der Landesregierung in diesem Jahr nicht in der gewohnten Form haben stattfinden lassen. Mir war es aber ein ganz großes Anliegen, Sie unmittelbar nach meiner Wahl einzuladen, weil ich sehr zeitnah die Begegnung mit Ihnen suchen möchte.

Zunächst aber noch ein spätes, aber dafür besonders herzliches „Gutes neues Jahr“ – für Sie, Ihre Familien und alle, für die Sie Verantwortung tragen oder die Sie in Ihrem Amt repräsentieren. Sie vertreten ganz viele Bereiche des öffentlichen Lebens, von Behörden, Verbänden, Organisationen, Kammern, Kirchen, Militär, Medien.

Ich möchte daher zu Beginn Sie alle herzlich willkommen heißen, und wenn ich Herrn Landtagspräsidenten Joachim Mertes für die Mitglieder der Parlamente, den Doyen des Konsularischen Korps, Generalkonsul Yüksel, den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs, Dr. Lars Brocker für alle Vertreter der Justiz und meinen Vorgänger im Amt, Kurt Beck, nenne, dann fühlen Sie sich bitte darin eingeschlossen – ich werde in meiner Ansprache noch weitere Gäste begrüßen.

Inzwischen liegen neun Tage seit meiner Wahl zur Ministerpräsidentin hinter mir. Das war schon eine sehr intensive Zeit mit vielen wichtigen Gesprächen und Terminen. Worüber ich mich am meisten freue, ist die Offenheit, mit der mir viele Menschen begegnen. Sie äußern aber oft auch klare Erwartungen.

Ich sehe darin zwei wichtige Ansätze für meine Arbeit. Und sie passen zu dem Anspruch, den ich an die Landesregierung stelle: Dass sie für eine Politik der Transparenz und des Dialogs steht. Für einen intensiven Austausch mit allen gesellschaftlichen Gruppen und den Bürgern und Bürgerinnen.

Das war schon in den vergangenen nahezu elf Jahren als Ministerin mein Selbstverständnis und ich habe damit gute Erfahrungen gesammelt. Es sind manche Ideen und Anregungen dabei gewesen, die ich für meine Arbeit mitnehmen konnte. Viele unter Ihnen, mit denen ich bereits in meinem Amt als Ministerin verbunden war, wissen das.

Für die zahlreichen anwesenden Mitglieder der Landesregierung begrüße ich an dieser Stelle meine Stellvertreterin, Staatsministerin Eveline Lemke, sowie die Staatssekretäre, die Staatssekretärinnen, die Beauftragten und die Vertreter der oberen Landesbehörden. Die Landesregierung steht für eine fest verankerte Dialogkultur. Ich nenne als Beispiel den Ovalen Tisch und das Betriebs- und

Personalräteforum, die Begegnungen des Ministerrats mit Gewerkschaften, Verbänden, großen Unternehmen. Viele weitere wären zu nennen, so die Kirchen in unserem Land.

Ich begrüße als Vertreter der Konfessionen und Religionen: Kirchenpräsident Christian Schad, Bischof Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst und Dr. Peter Waldmann (Vorsitzender des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz).

Am Ovalen Tisch sprechen wir seit 1995 regelmäßig mit Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, Kammern und weiteren Akteuren über den Strukturwandel in unserem Land, den Ausbau des Beschäftigungsniveaus und die Zukunftschancen der nachwachsenden Generation. Wir haben auf diese Weise schon sehr viel erreicht. Mit den Arbeitnehmersvertretern und -vertreterinnen praktizieren wir ebenfalls schon seit Jahren den Dialog im Rahmen unserer Betriebs- und Personalrätekonferenzen. Auch dieses Diskussionsforum hat sich bestens bewährt.

Ich nenne die „Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz“. Seit 1992 arbeitet die ZIRP an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirkt erfolgreich daran mit, das Land als internationalen Wirtschaftsstandort zu stärken und seine Attraktivität zu fördern. Und sie ist Impulsgeberin für zukunftsweisende Themen und Projekte.

Das sind drei gute Beispiele dafür, wie Politik im Dialog funktioniert. Und wie ich sie auch fortsetze. Es freut mich, dass zahlreiche Vertreter unserer Dialogpartner heute anwesend sind: Herzlich willkommen Heidrun Schulz, Präsidentin der Bundesagentur für Arbeit – Regionaldirektion Saarbrücken. Aus der Wirtschaft: Die Präsidentin und die Präsidenten Brigitte Mannert (HWK Pfalz), Karl-Josef Wirges (HWK Rheinhessen), Peter Adrian (IHK Trier) und Dr. Harald Augter (IHK Rheinhessen) sowie Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung Unternehmerverbände, Werner Simon. Ebenso begrüße ich den Präsidenten der Architektenkammer, Gerold Reker.

Die Spitzen der Gewerkschaften sind vertreten durch Landesvorsitzende Lilli Lenz (DBB), DGB-Landesvorsitzenden Dietmar Muscheid sowie Ernst Scharbach und Werner Kasel (für die Polizeigewerkschaften).

Selbstverständlich werde ich auch außerhalb solcher Gesprächsforen auf Sie zugehen. Auf die Wirtschaft in unserem Land – die Unternehmen, das Handwerk, die Landwirtschaft und den Weinbau. Auf die Kirchen, die Gewerkschaften, die Verbände, die Kammern, die Hochschulen – die Institutionen, die Sie repräsentieren und viele weitere.

Ich hebe unsere Landwirte und Winzer hervor – sie sind kultur- und landschaftsprägend für Rheinland-Pfalz: Stellvertretend nenne und begrüße ich den Präsidenten des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz-Süd e.V., Norbert Schindler, und den Präsidenten des Weinbauverbandes Mosel, Rolf Haxel.

Sie alle haben einen unverzichtbaren Anteil an der Weiterentwicklung unseres Landes. Und deswegen lade ich Sie ein, meine Arbeit durch Ihre Ideen, Ihre Impulse, Ihre Argumente zu bereichern und mit zu gestalten.

Beständiger Dialog: ja. Am Ende eines Meinungsbildungsprozesses aber müssen wir zu Entscheidungen fähig sein. Denn es hat keinen Sinn, immer weitere Pirouetten zu drehen, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen und wir Dinge zum Schluss bringen wollen.

Ich sage Ihnen ganz klar und deutlich: Wo ich gefordert bin, werde ich meine Entscheidungen treffen – ebenso konsequent wie verlässlich.

Sehr geehrte Herren und Damen,

am Mittwoch kommender Woche werde ich meine Regierungserklärung im Landtag halten. Und das wird auch die Gelegenheit sein, auf die Themen näher einzugehen, die ich heute nur anreißen kann. Keine Frage: Wir stehen vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Ich will aber gleichzeitig feststellen, dass sich unser Land Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahrzehnten sehr erfolgreich entwickelt hat. Wir können auf solide Grundlagen aufbauen.

Der mit der Konversion verbundene Strukturwandel war ein Kraftakt, aber die Anstrengungen haben sich gelohnt. Rund 56.000 neue Arbeitsplätze sind bereits entstanden. Arbeitsplätze, die die Unternehmen in unserem Land geschaffen haben!

Unsere Wirtschaftsleistung ist enorm. In den vergangenen 20 Jahren ist das Bruttoinlandsprodukt um über 50 Prozent gestiegen. Die Unternehmen im Land haben im Jahr 2011 erstmals die Schwelle von mehr als 200 Milliarden Euro Umsatz durchbrochen. Wir weisen die drittniedrigste Quote an Erwerbslosen unter den Ländern auf. Das gilt auch bei Jugendlichen, Frauen und Nichtdeutschen.

Umgekehrt gibt es heute so viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse wie noch nie. Die Zahl der Erwerbstätigen hat im vergangenen Jahr mit 1,9 Millionen Menschen einen neuen Höchststand erreicht. Auch bei den Unternehmensgründungen liegen wir ganz weit vorne.

Ich erwähne die Bildungspolitik. Wir haben die Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule erreicht, und wir stehen beim U3-Ausbau unter den westdeutschen Flächenländern an der Spitze! Ich nenne unsere 600 Ganztagschulen im Land. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen.

Das gilt auch für den Ausbau der Hochschulen und Fachhochschulen unseres Landes. Für sie begrüße ich herzlich die Präsidenten und Vizepräsidenten: Prof. Dr. Christian Bosselmann-Cyran (Präs. FH Koblenz), Prof. Dr. Roman Heiligenthal (Präs. Uni Koblenz-Landau), Prof. Dr. Jens Hermsdorf (Präs. FH Worms), Prof. Dr. Michael Jäckel (Präs. Uni Trier), Prof. Dr. Georg Krausch (Präs. Uni Mainz), Prof. Dr. Antje

Krause (Vizepräs. FH Bingen), Prof. Dr. Gerhard Muth (Präs. FH Mainz), Prof. Dr. Hans-Joachim Schmidt (Vizepräs. FH Kaiserslautern, Prof. Dr. Helmut J. Schmidt (Präs. Uni Kaiserslautern) und Prof. Dr. Jörg Wallmeier (Präs. FH Trier).

Zu den zentralen Herausforderungen gehört die Umsetzung der Energiewende mit einem Schwerpunkt auf der regionalen Energieversorgung bis zum Jahr 2030.

Für den Nürburgring und auch den Flughafen Hahn müssen und werden wir erfolgreiche Lösungen finden. Dazu gehört eine noch engere Konsultation mit der europäischen Ebene.

Die Schuldenbremse als Teil unserer Verfassung verlangt, dass der Haushalt des Landes spätestens ab dem Jahr 2020 ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen ist. Die Spielräume für die Lösung unserer Aufgaben sind enger geworden.

Die finanzielle Lage unserer Städte, Gemeinden und Landkreise ist angespannt. Sie brauchen aber eine angemessene Finanzausstattung. Ich will, dass wir trotz der schwierigen Rahmenbedingungen bei der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs zu einem guten und tragfähigen Ergebnis kommen.

Für die kommunale Ebene begrüße ich den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Michael Ebling, Oberbürgermeister Theo Wieder (Vors. Bezirksverband Pfalz), Landrat Hans-Jörg Duppré (Vors. Landkreistag), Bürgermeister Ralph Spiegler (Vors. GStB) und den bis vor wenigen Tagen amtierenden Vorsitzenden des Städtetags, Oberbürgermeister Klaus Jensen.

Sehr geehrte Herren und Damen,
die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit ist für mich von herausragender Bedeutung. Ich habe sie an anderer Stelle als „Kernaufgabe unserer Zeit“ beschrieben. Alle großen Aufgaben sind elementar mit diesem Ziel verbunden – sei es die Frage eines auskömmlichen Lohns für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, eine möglichst

umfassende Teilhabe an Bildungsangeboten, eine angemessene ärztliche Versorgung, bezahlbare Energie und vieles andere.

Das gilt in besonderer Weise für den demografischen Wandel – zweifellos einem der ganz großen Themen der kommenden Jahrzehnte. Seine Bedeutung und seine Brisanz erfahren zu Recht immer mehr Aufmerksamkeit. Wir müssen die Frage beantworten, wie die Politik sozial gerecht auf die Herausforderungen einer schrumpfenden und älter werdenden Gesellschaft reagieren kann.

Dazu gehört es natürlich auch, unsere sozialen Sicherungssysteme demografiefest zu machen. Und das geht nur durch den Ausbau solidarischer Systeme. Die Jungen müssen wir so gut wie nur irgend möglich ausbilden. Richtig ist: Wir brauchen diese jungen Menschen, nicht zuletzt mit Blick auf die Perspektiven des Arbeitsmarktes. Ich nenne nur das Stichwort Sicherung des Fachkräftebedarfs.

Ebenso müssen wir es schaffen, der Ausbreitung von prekärer Beschäftigung Einhalt zu gebieten. Ich habe eine ganz klare Position: Ich stehe für einen gesetzlichen Mindestlohn. Damit sich die Menschen ihren Lebensunterhalt und ihr Alter selbst sichern und nicht auf Transferleistungen angewiesen sind. Wir haben als Landesregierung mit unserem Landestariftreuegesetz eine wichtige Weichenstellung vorgenommen. Die jetzt in Kraft getretene Erhöhung des Mindestentgelts auf 8,70 Euro zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Über all dem steht der Leitgedanke der Würde der Menschen. Menschen müssen von ihrem Lohn leben können! Alleine das ist für mich die größte Motivation, mit aller Kraft für mehr soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.

Sehr herzlich begrüße ich die Repräsentanten und Repräsentantinnen der im sozialen Bereich tätigen Verbände: Norbert Albrecht (Vors. Liga), Willi Jäger (Vors. Sozialverband VdK), Elke Klink (LAG Selbsthilfe Behinderter), Dr. Helmut Müller (Vors. Dachverband der Pflegeorganisationen), Regine Schuster (Dt. Parität. Wohlfahrtsverband), Hans Wucher (Dt. MS-Gesellschaft) und Christian Zainhofer

(Vors. Kinderschutzbund). Ebenso begrüße ich an dieser Stelle den Präsidenten der Landespsychotherapeutenkammer, Alfred Kappauf. Herzlichen Dank Ihnen allen für Ihre so wichtige Arbeit.

Sehr geehrte Herren und Damen,

im Mai liegt das Ende des Zweite Weltkrieg 68 Jahre zurück. Unser Land Rheinland-Pfalz, dieses Konstrukt aus der Retorte, hat auch deswegen so eine erfolgreiche Entwicklung nehmen können, weil es mit seinen Regionen von einer Grenzlage in die Mitte Europas gerückt ist. Und die deutsch-französische Aussöhnung, unsere enge Partnerschaft, ist das Rückgrat dieses Erfolgs.

Im vergangenen Jahr konnten wir das 50-jährige Bestehen der Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Burgund feierlich begehen. Es ist die älteste Partnerschaft zwischen einem deutschen Land und einer französischen Region. Sie ist damit ein halbes Jahr älter als der deutsch-französische Freundschaftsvertrag, den Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle am 22. Januar 1963 geschlossen haben. Mehr als 150 Städte- und Gemeindepартnerschaften alleine zwischen Rheinland-Pfalz und dem Burgund sind ein starkes Zeichen für die Lebendigkeit und tiefen Verwurzelung dieser Freundschaft.

Wir haben dieses Jubiläum am Dienstag in Berlin gefeiert und es ist für mich von hoher Symbolkraft, dass diesem Thema meine erste Rede im Bundesrat gegolten hat. All das hat riesige Kräfte freigesetzt und unserem Land bis heute zu einer herausragenden Entwicklung verholfen, die eigentlich viel zu wenig Beachtung findet. Es ist unsere Stärke im Außenhandel.

Bei der Exportquote belegt Rheinland-Pfalz zusammen mit Bayern den 2. Platz unter den Ländern. So wurden aus Rheinland-Pfalz im Jahr 2011 Waren im Wert von rund 45 Mrd. Euro ausgeführt. Ich will alles dafür tun, dass sich diese positive Entwicklung fortsetzt.

Als Ministerpräsidentin eines Landes mit direkten Außengrenzen zu Frankreich, nach Luxemburg und Belgien gilt deshalb mein besonderes Augenmerk der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Das ist eine großartige Chance für unser Land, gerade auch was die Themen Wirtschaft und Beschäftigung angeht. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Beispiel für pragmatisches und wirksames Handeln nennen, wie ich es angehen werde:

Gestern habe ich beim Gipfel der Großregion in Metz die Präsidentschaft für 2013/2014 für das Land Rheinland-Pfalz übernommen. Zugleich habe ich die Partner und Partnerinnen aus dem Saarland, aus Luxemburg, Lothringen, der Wallonie und der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zum 14. Gipfel der Großregion eingeladen. Er findet Ende 2014 statt. Wir haben vereinbart, dass der nächste Gipfel unter dem Motto: „Der Arbeitsmarkt in der Großregion – gemeinsame Herausforderungen und grenzüberschreitende Antworten“ stehen wird.

So stellt gerade der demografische Wandel eine immense Herausforderung für den Arbeitsmarkt in der Großregion dar. Ich will nur einige Tendenzen nennen:

- Der teilweise erhebliche Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials bis 2030.
- Der Anstieg des Bedarfs an Fachkräften insbesondere in Bereichen wie Gesundheit und Pflege.
- Die Notwendigkeit, die Erwerbsbeteiligung von älteren Menschen und von Frauen zu steigern.
- Dabei nehmen Prekäre Beschäftigungsformen sowie die Ausweitung des Niedriglohnsektors in einigen Teilregionen weiter zu. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn als Schutz vor Sozialdumping existiert nicht überall.

Es gibt also viel zu tun für die rheinland-pfälzische Gipfelpräsidentschaft in einer Region mit rund 11,2 Millionen Einwohnern.

Die Stärkung der Hochschullandschaft der Großregion mit dem Aufbau eines leistungsfähigen Hochschulsystems hat für mich dabei im Übrigen eine ganz herausgehobene Bedeutung.

Die hier beschriebenen Probleme und Erfordernisse gelten für die Trinationale Metropolregion mit der Südpfalz, Baden-Württemberg, dem Elsass und der Nordwestschweiz im gleichen Maß. Auch hier sind wir um gute Lösungen bemüht.

Und weil sie ein besonderer Teil unserer freundschaftlichen Beziehungen sind, erwähne ich unsere Partnerschaften – neben dem Burgund – mit Oppeln, Mittelböhmen, Ruanda, Fujian, Iwate und South Carolina. Ich will und werde diese Beziehungen pflegen und mit Ihrer Hilfe weiter ausbauen. Sehr gerne heiße ich herzlich willkommen die Mitglieder des Konsularischen Corps: Generalkonsule Jean Claude Tribolet (Frankreich), Pius Bucher (Schweiz), Dr. Hendrik Jan Voskamp (Niederlande), Tamás Antal Mydlo (Ungarn), Jewgenij Alexejewitsch Schmagin (Russland), Hideyuki Sakamoto (Japan), stellv. GK Xiting Wan (China), stellv. GKin Charisse Philips (USA), stellv. GK Minh Duc Hoang (Vietnam), Konsul Jan Sobzak (Polen).

Und weil sie nicht nur nationale Streitkräfte sind, sondern Säulen eines Verteidigungsbündnisses befreundeter Staaten, freue ich mich, dass der Kommandeur des Landeskommandos Rheinland-Pfalz, Oberst Rolf Stichling, unter uns ist, ebenso der Verbindungsoffizier zu den US-Streitkräften in Rheinland-Pfalz, Steven Steininger.

Sehr geehrte Herren und Damen,

morgen Vormittag werde ich Bürgerdelegationen aus allen 24 Landkreisen und 12 kreisfreien Städten des Landes Rheinland-Pfalz hier in der Staatskanzlei empfangen. Das ist Teil eines intensiven Austauschs mit den Menschen im ganzen Land. Ich will die Bürgerbeteiligung weiter stärken und neue Formen der Zusammenarbeit von Bürger und Staat erreichen. Auch das ist einer der Schwerpunkte meiner künftigen Arbeit. Zu einer verantwortungsvollen Politik zählt für mich die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Freiwillige Mitwirkung am

Gemeinwohl ist für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes von entscheidender Bedeutung. Schon heute belegen wir gemeinsam mit Baden-Württemberg und Niedersachsen den Spitzenplatz im Engagement der Bürger und Bürgerinnen.

Es begegnet uns in allen Formen, sei es bei der Freiwilligen Feuerwehr oder anderen Rettungsdiensten, im Umwelt- und Naturschutz, im Karitativen, aber auch in den Parteien und Wählervereinigungen.

Das ist ein hoffnungsfroh stimmendes Zeichen dafür, wie hoch die Menschen den Wert des Gemeinsinns einschätzen. Er ist es, der unsere Gesellschaft zusammenhält, nicht der Eigensinn. Ich danke allen Bürgern und Bürgerinnen, die sich – in welcher Weise auch immer – für dieses Land engagieren! Mein Dank geht ebenso an Repräsentanten und Repräsentantinnen von Organisationen, die sich hier in unsere Gesellschaft einbringen: Ralf Bogler (Präs. DLRG), Oswald Fechner (ASB), Katharina Gutsch (Johanniter) und Werner Vogt (THW). Ebenso begrüße ich für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge den Landesvorsitzenden Michael Hörter. Und für die Parteien: Uwe Diedrichs-Seidel, Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen und Jens Guth, Generalsekretär des SPD-Landesverbandes.

Meine Herren und Damen,

ich will nicht zum Ende kommen, ohne eine ganz besonders wichtige Dimension menschlichen Zusammenlebens zu würdigen.

Ja, eine florierende Wirtschaft und soziale Sicherheit, gute Bildungschancen, der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen – sie sind unabdingbar dafür, dass wir unsere Heimat als lebenswert und gut aufgestellt für die Zukunft ansehen können.

Aber was wäre unser Leben, unser Zusammenleben, ohne das, was es wirklich um so vieles reicher macht? Unsere Freude am Geselligen und unsere Feste, der Sport, Kunst und Kultur, Musik, Literatur, Theater, Museen, in diesen Tagen nicht zu vergessen: Karneval, Fastnacht, Fasching und wie die fünfte Jahreszeit auch immer genannt wird.

Es ist die Geschichte unseres Landes und seiner Regionen mit der Vielfalt ihrer Traditionen. Und es sind die Menschen. Welcher Herkunft und welchen Glaubens auch immer – ich begrüße an dieser Stelle Jacques Delfeld, den Landesvorsitzenden des Verbandes Deutscher Sinti und Roma – zu allen Zeiten haben Menschen daran mitgewirkt, dass wir heute stolz sein können auf unser Land Rheinland-Pfalz – unsere Heimat.

Lassen Sie uns dieses Erbe nicht nur bewahren, sondern pflegen und weiterentwickeln wie es angemessen und würdig ist. Das wünsche ich mir als leidenschaftliche Rheinland-Pfälzerin und dafür stehe ich ein. Auch das wäre im Übrigen ohne das großartige ehrenamtliche Engagement ganz Vieler kaum denkbar. Ich freue mich sehr, dass der Sport, diese riesengroße Bürgerinitiative, heute durch die Präsidentin des Landessportbundes Karin Augustin vertreten ist. Schön, dass Sie unter uns sind!

„Kultur ist kein Luxus, es ist Lebensmittel“ formulierte es Johannes Rau einmal. Wie recht er hat. Herzlich willkommen den Intendanten Gerhard Weber (Staatstheater Trier) und Urs Häberli (Pfalztheater) sowie den Vertretern der Orchester: Hermann Bäumer (Generalmusikdirektor Phil. Staatsorchester), Udo Werner (Verwaltungsdirektor Staatsorchester Rheinische Philharmonie), Prof. Dr. Michael Kaufmann (Intendant Dt. Staatsphilharmonie RLP) – ebenso dem Hauptgeschäftsführer der Stiftung Lesen, Dr. Jörg F. Maas.

Sie haben zahlreiche wichtige Funktionen in unserer modernen Welt. Ich hebe ihren Wert für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie hervor. Es sind natürlich unsere Medien und ich freue mich, viele hochrangige Vertreter begrüßen zu dürfen: Den Intendanten des ZDF Dr. Thomas Bellut, die Landessenderdirektorin des SWR Dr. Simone Sanftenberg, den Geschäftsführer von RPR.1 Kristian Kropp sowie die Chefredakteure Friedrich Roeingh (Allgemeine Zeitung), Michael Garthe (Die Rheinpfalz), Stefan Schröder (Wiesbadener Kurier), Richard Kremershof (News and Pictures), Fritz Frey (SWR) und Peter Frey (ZDF).

Meine sehr geehrten Herren und Damen,
lassen Sie mich zum Schluss kommen – und dies mit einem Wunsch, mehr noch,
einem Appell verbinden:

Mein neues Amt als Ministerpräsidentin bietet großartige Chancen, die Entwicklung
des Landes zu gestalten – ideenreich und nachhaltig. Ich gehe es mit großer
Entschlossenheit und viel Zuversicht an.

Meine Aufgabe als Ministerpräsidentin ist es, die Leitlinien der Politik der
Landesregierung zu bestimmen. Das werde ich auch mit aller Kraft tun. Erfolgreich
gestalten können wir unser Land aber nur gemeinsam. Darum möchte ich Sie bitten.

In diesem Sinn freue ich mich auf die Arbeit und einen regen Austausch heute und in
Zukunft.

Herzlichen Dank und uns allen einen schönen Abend.